

Protokoll Nr. 28 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 28.05.2015
Beginn der Sitzung: 17:01 Uhr
Ende der Sitzung: 19:00 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Grix, Helga

SPD-Fraktion

Meinen, Regina
Meyer, Elfriede
Scheffel, Enno

CDU-Fraktion

Risius, Andrea für Albert Ohling (bis 17:52 Uhr)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Böckmann, Jürgen für Katja Lechner

FDP-Fraktion

Hoofdmann, Erwin für Ralf Fooken

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Grix, Wilhelm (bis 18:00 Uhr)
Jensen, Imke
Kruse, Helga

Beratende Mitglieder

Dietz, Ralf-Günter
Weber-Trappiel, Franziska
Fekken, Okka
Reibe, Ulf
Sprengelmeyer, Thomas

Verwaltungsvorstand

Bornemann, Bernd (ab 17:03 Uhr)

von der Verwaltung

Lücht, Richard
Philipps, Egon
Wermuth, Wilma
Jaspers, Thomas (bis 18:37 Uhr)
May, Christel (bis 18:24 Uhr)

Protokollführung

Lenzion, Daje

Protokoll Nr. 28 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Sprengelmeyer bittet darum, die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt „Genehmigung des Protokolls Nr. 27 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 03.03.2015“ zu erweitern.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 26 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 28.01.2015

Beschluss: Das Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 28.01.2015 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3.1 Genehmigung des Protokolls Nr. 27 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 03.03.2015

Beschluss: Das Protokoll Nr. 27 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 03.03.2015 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Protokoll Nr. 28 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Projekt Lern- und Lebenswelt Grundschule (LuLGS)
Vorlage: 16/1554/1

Herr Sprengelmeyer berichtet anhand der Vorlage 16/1554/1 ausführlich über das Projekt Lern- und Lebenswelt Grundschule (LuLGS).

Frau Meinen bedankt sich bei Herrn Sprengelmeyer für die Vorstellung des Projektes. Die einzelnen Teilprojekte seien für die Emdener Grundschulen sehr wichtig. Die Vielseitigkeit dieser Arbeit sei ebenfalls sehr lobenswert. Für die Eltern und Kinder würde sehr viel geleistet.

Die SPD-Fraktion werde das Projekt Lern- und Lebenswelt Grundschule auf jeden Fall unterstützen und den Beschluss annehmen, da es eine enorme Ausweitung der Standorte bei diesen Projekten gegeben hätte. Es sei wichtig, ab 2016 eine neue Leistungsvereinbarung zu vereinbaren. Aufgrund der Kürzung des Projektes um 30.000 € bittet sie die Verwaltung, im Rahmen eines Konzeptes eine genaue Auflistung der Kosten zu den einzelnen Teilprojekten dem Ausschuss darzustellen. Die Angabe einer Gesamtsumme sei immer schwierig nachzuvollziehen und zu diskutieren.

Sie fragt, ob in den einzelnen Bereichen die verschiedenen Träger verstetigt und erhalten bleiben oder ob dieser Bereich ausschließlich bei der Stadt angegliedert würde.

Weiterhin hätte sie gerne eine Stellungnahme zu dem Punkt Auswirkungen auf den Stellenbedarf. Die Vorlage würde eine Stellenausweitung um eine Stelle vorsehen. Jedoch sei eine Stelle von der AWO übernommen und weitergeführt worden, die derzeit unbesetzt sei. Aus diesem Grund könne sie die Stellenausweitung nicht nachvollziehen. Es sei schon schwierig genug, an diesem vielseitigen Programm Lern- und Lebenswelt Grundschule Einsparungen vorzunehmen.

Herr Grix erklärt, die ursprüngliche Leistungsvereinbarung für das Projekt Lern- und Lebenswelt Grundschulen sei in drei Segmente aufgeteilt gewesen. Die Kosten für die Bereitstellung der Aufwandsmittel für die Lesenerster und Mathestübchen seien jedoch in der Leistungsvereinbarung nicht verankert gewesen. Die ersten Lesenerster und Mathestübchen seien von der AWO umgesetzt und finanziert worden. Aufgrund des Wunsches der Schulleitungen seien diese Projekte sukzessive an den verschiedenen Schulen ausgeweitet worden.

Die Vielseitigkeit dieser Projektorientierung zeige deutlich, dass eine Summe von 150.000 € vermutlich überhaupt nicht ausreichen würde, um alle Projekte zu realisieren. Für die Lesenerster und Mathestübchen müsste mit zusätzlichen Kosten in Höhe von ca. 40.000 € gerechnet werden, sodass für anderen Projekte lediglich eine Summe von 110.000 € übrig bliebe. Daher sei es sehr wichtig, dass die Verwaltung eine Aufstellung bezüglich der Kosten erstelle.

Herr Sprengelmeyer meint, das Projekt hätte sich sehr dynamisch entwickelt. Mittlerweile seien sehr viele verschiedene Träger an den Projekten beteiligt.

Den Wunsch nach einer Auflistung der einzelnen Kosten werde die Verwaltung selbstverständlich nachkommen.

Er gibt an, bei der Angabe der Stellenausweitung würde es sich um die Wiederbesetzung der bisherigen Projektstelle handeln.

Herr Philipps ergänzt, die Schulbezogene Sozialarbeit sei die Produktbezeichnung in diesem Bereich. Zu diesem Produkt gehöre u. a. auch das Projekt Lern- und Lebenswelt Grundschule.

Protokoll Nr. 28 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Bezüglich der Stellenausweitung erklärt er, dass das Projekt Lern- und Lebenswelt Grundschule bisher bis zum 31.12.2015 befristet gewesen sei. Die bisherige Stelle sei somit eine Projektstelle gewesen. Sollte das Projekt verstetigt und unbefristet weitergeführt werden, würde die bisherige Stelle als Ausweitung angesehen werden können. Es würde sich somit um die Wiederbesetzung der bisherigen Stelle handeln.

Herr Bornemann weist darauf hin, dass die Haushaltsstrukturkommission die Kürzung um 30.000 € im vergangenen Jahr beschlossen hätte. Dieser Beschluss würde selbstverständlich auch für die weiteren Jahre gelten. Die Stadt sei in diesem Bereich bei einer absolut freiwilligen Leistung. Daher sollten die Haushaltsmittel ganz genau diskutiert werden.

Er ist ebenfalls der Meinung, dass vor allem im Bereich Lern- und Lebenswelt Grundschule gute Angebote hervorgebracht werden müssten. Allerdings sei man trotzdem an die Entscheidung der Haushaltsstrukturkommission gebunden. Daher sei es unumgänglich gewesen, die Kürzung um 30.000 € bei den finanziellen Auswirkungen aufzunehmen.

Frau E. Meyer betont, dass die Fraktion im Moment keine Veränderung wolle. Es ginge zunächst lediglich darum, eine Auflistung über die Kosten der Teilprojekte zu erhalten, um einen besseren Überblick zu erlangen.

Herr Grix erklärt, das Projekt sei mit den beschriebenen Teilprojekten bisher mit 180.000 € angesetzt gewesen. Die Kosten für die Lesenester und Mathestübchen müssten zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Aus diesem Grund glaubt er, dass das Projekt in der jetzigen inhaltlichen Form mit einem Budget von 150.000 € nicht mehr umsetzbar sei. Die Aufgabenvielfalt dieses Projektes entspreche nicht mehr dem Rahmen, mit dem das Projekt gestartet sei. Daher sei es absolut notwendig, über die tatsächlichen und notwendigen Kosten für eine Realisierung des Projektes zu beraten.

Herr Bornemann findet es richtig, dass diese Dinge im Ausschuss analysiert und diskutiert würden. Er weist nochmals auf die Systematik hin. Der Beschluss der Haushaltsstrukturkommission müsse im Haushalt 2015 und in der Fortschreibung berücksichtigt werden. Würden Haushaltsmittel in Höhe von 180.000 € eingeplant werden, stelle dies eine Haushaltsausweitung dar.

Frau Meinen legt dar, die Vereinbarung mit dem Träger würde bis Ende 2015 laufen. Die neue Leistungsvereinbarung ab 2016 sei bisher nicht vereinbart worden. Aus diesem Grund glaubt sie, sei die Diskussion offen, ob die Mittel um 30.000 € gekürzt werden.

Herr Böckmann fragt, ob zu befürchten sei, dass zukünftig nicht mehr alle Projekte durchgeführt werden könnten. Dies würde eine Benachteiligung bestimmter Standorte bedeuten, sodass verschiedene Qualitäten im Rahmen von Grundschulen festgelegt würden. Dies dürfe im Prozess von Teilhabe nicht geschehen.

Herr Bornemann meint, die Diskussion könnte solange geführt werden, bis das Innenministerium den Haushalt nicht mehr genehmigen würde. Dann könnte das gesamte Projekt nicht mehr durchgeführt werden. Da die Haushaltsstrukturkommission beschlossen habe, das Projekt um 30.000 € zu kürzen, seien selbstverständlich die Mittel nicht mehr im Haushalt enthalten. Der Haushalt müsste somit wieder aufgestockt werden, wenn die Mittel von 150.000 € nicht ausreichen sollten.

Herr Sprengelmeyer habe aus der Diskussion herausgehört, dass dem Ausschuss besonders wichtig sei, eine Finanzübersicht zu den Teilprojekten zu erhalten. Dies würde selbstverständlich vorbereitet werden.

Protokoll Nr. 28 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Weiter bezieht er sich auf die Frage von Herrn Böckmann. Die Stadt Emden sei sehr kreativ, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln unheimlich viel zu erreichen. Es sei nun eine Herausforderung, das Projekt mit den eingeplanten 150.000 € wie bisher zu realisieren. Jede Ausweitung würde ein größeres strukturelles Defizit bedeuten. Aufgrund der dynamischen Entwicklung müssten kreative Ideen geschaffen werden, um alle Projekte mit den vorhandenen Mitteln weiterhin durchführen zu können. Dies sei eine sportliche Aufgabe.

Herr Böckmann bemerkt, dass er diesen Sportsgeist sehr gut finden würde und hofft, dass die Kreativität genug Lösungen herbeibringe. Es sei sehr bedauerlich, wenn die Kürzungen auf Kosten der Mitarbeiter gehen und schließlich in den Bereich der Selbstausschöpfung gelangen würden. Darauf sollte großes Augenmaß gelegt werden.

Beschluss: Das bis zum 31.12.2015 befristete Projekt „Lern- und Lebenswelt Grundschule“ wird verstetigt und unbefristet weitergeführt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Zuschüsse an Vereine und Verbände aufgrund der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit;
– Zusätzlich eingereichte Anträge 2015
Vorlage: 16/1722

Herr Reibe erklärt, zwei Träger hätten ihre Anträge auf einen Zuschuss zur Förderung der Jugendarbeit zurückgezogen.

Der Verein Jesus-Zentrum Emden e. V. hätte seinen Antrag auf einen Zuschuss für Jugendgruppen zurückgezogen, da dieser Verein aktuell die Voraussetzungen nicht mehr erfüllen würde. Das überwiesene Geld sei mittlerweile schon zurückgezahlt worden.

Bei den Zuschüssen für Fahrten und Lager sei für den Verein Internationales Emden e. V. eine Ausnahmegenehmigung für eine Fahrt nach Hamburg genehmigt worden. Der Verein hätte ebenfalls seinen Antrag zurückgezogen, da das Verfahren hinsichtlich des Besitzes der Juleica für den Verein nicht realistisch sei. Ebenso hätten sie das Verfahren bezüglich des Kinderschutzes nicht nachvollziehen können. Der Presse sei zu entnehmen gewesen, dass die Fahrt trotzdem stattgefunden hätte, da scheinbar genügend Fördergelder und Preisgelder verschiedener Sponsoren zur Verfügung standen. Städtische Mittel seien daher für die Fahrt nicht mehr benötigt worden.

Ein nachträglich eingereichter Antrag sei von der Kath. Kirchengemeinde Christ König gestellt worden. Mit der Gemeinde habe er den Anteil der Jugendarbeits-Räume ins Verhältnis zu den Gesamtkosten des Gebäudes gesetzt. Diese Räume würden 40 Tage im Jahr für die Jugendarbeit genutzt werden, sodass die Gemeinde einen Betriebskostenzuschuss für die Jugendarbeits-Räume in Höhe von 254,85 € erhalten würde. Der Betrag könnte jedoch erhöht werden, wenn weiterhin in die Jugendarbeit investiert würde.

Der Gegenbesuch aus Archangelsk bei den Anträgen für die Internationalen Begegnungen müsste aus dieser Liste rausgestrichen werden, da der Antrag bereits im letzten Ausschuss beschlossen worden sei.

Er weist darauf hin, dass für Schulen im Zuge einer Ausnahmegenehmigung Zuschüsse für Maßnahmen, die sich insbesondere mit den Städtepartnerschaften und der deutschen Geschichte beschäftigen, genehmigt worden seien. Im Bereich Internationale Begegnungen seien in diesem Jahr mehr Anträge eingegangen als im Vorjahr.

Protokoll Nr. 28 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Diese Mittel seien jedoch grundsätzlich nur für die Jugendarbeit vorgesehen. Die Entwicklung ginge jedoch dahin, dass immer mehr Schulprojekte diese Mittel beantragen. Daher sollte überlegt werden, wie in Zukunft mit diesen Anträgen umgegangen werden könnte. Die Projekte seien durchaus sinnvoll, sodass im nächsten Jahr über neue Verfahrensschritte gesprochen werden müsste. Internationale Begegnungen dürften im Bereich der Jugendarbeit keine Rolle spielen. Er schlägt vor, eine eigenständige Richtlinie für diese Anträge zu erstellen.

Insgesamt liege die Gesamtförderung unter den Planungsansätzen. Eine Abrechnung könne erst nach dem Stattfinden der Freizeiten erfolgen, da dann erst die genauen Anzahlen der Teilnehmer bekannt seien. Teilweise würden auch auswärtige Teilnehmer an den Veranstaltungen teilnehmen, die selbstverständlich nicht mit berechnet würden. Allerdings sei festzustellen, dass die Jugendarbeit die vorhandenen Gelder nicht mehr ganz ausschöpfen würde. Damit die Mittel wieder stärker in Anspruch genommen werden, müssten neue Wege gefunden werden, um die Jugendarbeit zu stärken.

Frau Meinen bedankt sich für die Ausführungen.

Die SPD-Fraktion sei ebenfalls der Meinung, dass die Internationalen Begegnungen der Schulen aus der Förderung der Jugendarbeit rausfallen müssten. Sie glaubt, der Bereich Internationale Begegnungen könnte zukünftig im Schulausschuss behandelt werden. Um die Begegnungen für die Kinder und Jugendlichen weiterhin zu ermöglichen, sollte eine neue Richtlinie für diesen Bereich erarbeitet werden.

Herr Sprengelmeyer findet es ebenso richtig, wenn eine eigene Richtlinie für die Internationalen Begegnungen aufgebaut würde.

Er erklärt jedoch, dass diese Richtlinie an dem Produkt „Schulbezogene Sozialarbeit“ angesiedelt werden müsste und damit Thema des Jugendhilfeausschusses sei. Die sozialen Projekte der Internationalen Begegnungen seien im weitesten Sinne auch Thema der Jugendhilfe. Da die Schüler ganztätig in den Schulstandorten seien, müsste analysiert werden, wie das Verhältnis zwischen Jugendarbeit, Schule und Sport sei. Einige Tätigkeiten seien von Einrichtungen übernommen worden, die vor Jahren noch über freie Träger gelaufen seien. Daher müsste darüber diskutiert werden, wie mit dem Thema Internationale Begegnungen im Rahmen der Jugendarbeit umgegangen werden könnte. Gerade in der heutigen Zeit sei es sehr wichtig, dass Jugendliche verschiedene Kulturbereiche kennenlernen.

Er betont, dass dieses Thema sicherlich auch gemeinsam mit dem Schulausschuss diskutiert werden könnte.

Herr Reibe ergänzt, dass er als Stadtjugendpfleger Wert darauf legen würde, dass die Jugendarbeit erhalten bleibe. Die Jugendarbeit sei laut Gesetz eine Pflichtaufgabe. Die Entwicklung der letzten Jahre hätte gezeigt, dass die Vereine und Verbände mit den Förderungen sehr zufrieden seien. Da die Entwicklung der Jugendarbeit kostentechnisch stagnieren würde, sollte die Aufgabe der Jugendarbeit in diesem Ausschuss nochmal besonders berücksichtigt werden.

Herr Böckmann schließt sich den Äußerungen von Herrn Reibe an.

Er würde es äußerst bedauerlich finden, wenn für die Schulfahrten die Mittel der Jugendarbeit angegriffen würden. Sollten Mittel gekürzt oder in andere Bereiche fließen seien im Grunde genommen große Verluste zu verzeichnen. Die freiwillige Tätigkeit in der Gemeinschaft der Jugendlichen ginge ebenfalls immer weiter zurück.

Protokoll Nr. 28 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Sprengelmeyer betont, dass die Mittel für die Vereine und Verbände ausreichend zur Verfügung stehen würden. Daher stelle sich die Frage, wie die Jugendarbeit wieder angeregt und gestärkt werden könnte. Es würde nicht alleine ausreichen, die Mittel lediglich vorzuhalten. Es sei in vielen Bereichen schwierig, auch junge Leute in die Verantwortung zu nehmen. Die Vereinstätigkeiten seien mächtig zurückgegangen. Die Anforderung an den Jugendhilfeausschuss sei daher, Anreize für die Jugendarbeit zu schaffen.

Frau Weber-Trappiel erklärt, der Jugendtreff in Wybelsum hätte zurzeit an zwei Tagen geöffnet. Vor drei Jahren seien es noch vier Öffnungstage in der Woche gewesen. Nach ihrem Kenntnisstand gebe es eine Kooperation zwischen dem Jugendtreff in Larreit und Wybelsum. Diese Kooperation sei dem Grunde nach nicht schlecht. Allerdings sei für beide Standorte zurzeit nur eine Person zuständig, sodass die Jugendtreffs maximal an zwei Tagen geöffnet haben könnten. Wochenendaktionen seien durch diesen Umstand ebenfalls sehr schwierig. Die Grundschüler seien meist nicht bereit, zum anderen Standort zu fahren. Die Stelle sollte aus diesem Grund ganz dringend wieder besetzt werden, damit die Jugendarbeit in Wybelsum wieder besser angegliedert werden könnte.

Frau Grix betont, in den Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit sei ganz fest verankert, dass die Schulen keine Bezuschussung erhalten würden. Die Gewährung eines solchen Zuschusses könne nur über eine Sondergenehmigung laufen. Daher sollte für diese Anträge eine neue Regelung gefunden werden.

Herr Sprengelmeyer gibt an, das Produkt „Schulbezogene Sozialarbeit“ sei ein Produkt der Jugendförderung und somit sei der Jugendhilfeausschuss zuständig. Viele Themen im Jugendhilfeausschuss würden häufig die Elternschaft und die Schulen betreffen. Der Stadtelternrat hätte daher einen Antrag gestellt, beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss zu werden.

Beschluss: An Vereine und Verbände werden entsprechend der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit die aus der Anlage zur Vorlage ersichtlichen Zuschüsse für Jugendgruppen, sonstige Zuschüsse, Fahrten und Lager, internationale Begegnungen und sowie Kinder- und Jugenderholung gezahlt.

Das Gymnasium am Treckfahrtstief erhält eine Ausnahmegenehmigung in Bezug auf die Internationale Begegnung mit Warschau/Polen (Besuch und Gegenbesuch).

Das Berufsschulpfarramt erhält eine Ausnahmegenehmigung in Bezug auf den Gegenbesuch aus Indien.

Ergebnis: einstimmig

Protokoll Nr. 28 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 7 Ferienpass 2014 - Bericht über den Ferienpass
Vorlage: 16/1616

Frau May berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation ausführlich über den Ferienpass 2014. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Grix bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Frau Fekken fragt, wie die prozentuale Verteilung der Teilnehmer in den einzelnen Stadtteilen sei, die die Angebote des Ferienpasses wahrnehmen.

Frau May erklärt, im vergangenen Jahr hätte sie eine Auflistung zur prozentualen Verteilung für das Jahr 2013 erstellt. Der Stadtteil Borssum sei dabei an vorderster Stelle gewesen. In den meisten Stadtteilen sei der Anteil jedoch recht gut. Lediglich der Stadtteil Barenburg sei eine Ausnahme. Trotz einer hohen Bevölkerungsstärke hätte der Stadtteil Barenburg auf Platz 6 gelegen, da viele dort wohnende Familien in den Ferien in ihre Heimatländer fahren würden. Ebenso müsste berücksichtigt werden, dass viele Familien ausschließlich die Gutscheine nutzen würden.

Herr Dietz meint, der Ferienpass beinhalte ein tolles Angebot. Er freut sich, dass die Teilnehmerzahlen in den letzten Jahren gleich bleibend seien. Er möchte wissen, wie viel Prozent der Kinder und Jugendlichen insgesamt in Emden die Angebote des Ferienpasses nutzen würden.

Herr Sprengelmeyer erläutert, dass diese prozentuale Angabe nicht einfach über die Gesamtzahl der Kinder und Jugendlichen errechnet werden könnte. Die Altersgruppen müssten hierbei berücksichtigt werden, da es Hauptaltersgruppen bzw. Schwerpunkaltersgruppen geben würde, die die Angebote des Ferienpasses wahrnehmen könnten. Er gibt jedoch an, dass es in jeder Altersklasse zurzeit ca. 420-450 Kinder geben würde.

Frau Meinen bedankt sich für den Vortrag und für die gute Betreuung und Begleitung der ehrenamtlichen Gruppen durch Frau May.

Frau Weber-Trappiel schließt sich den Äußerungen an und begrüßt die Aktionen des Ferienpasses.

Zu den absoluten Zahlen fragt sie, ob jedes Kind einzeln erfasst würde oder ob die Zahlen durch die Wahrnehmung mehrere Angebote verfälscht würden.

Frau May schildert, dass die Kinder im Online-System als ein einzelner Teilnehmer registriert würden. Dies sei unabhängig von der Anzahl der Angebote, die die Kinder wahrnehmen. Die absoluten Zahlen seien somit korrekt und würden nicht verfälscht werden.

Herr Sprengelmeyer lobt ebenfalls die Emdener Vereinswelt. Über 100 Institutionen, Vereine und Verbände würden an dem Ferienpass mitwirken und Aktionen anbieten. Dies hätte in Emden schon sehr lange Tradition und würde es in anderen Städten in solch ausgeprägter Form kaum geben.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 28 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

TOP 8 Kinder- und Jugendschutz
Vorlage: 16/1617

Herr Jaspers stellt anhand einer Power-Point-Präsentation das Projekt Medienkoordinatoren Niedersachsen zum Thema Kinder- und Jugendschutz vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Meinen bedankt sich für die Präsentation und die Einsatzbereitschaft von Herrn Jaspers.

Sie habe den Eindruck, dass es ziemlich wichtig sei, die Eltern im Bereich der Medien zu unterstützen. Vor allem die älteren Generationen müssten den Umgang mit dem Computer selbst noch lernen. Daher sei diese Unterstützung sehr wichtig. Gerade die Gefahren, die im Internet herrschen, müssten besonders häufig angesprochen werden. Besonders positiv sei die Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Jugendliche und Schule, da gerade an Schulen ganz eng mit den Kindern und Jugendlichen gearbeitet werden könnte. Dadurch würde ein gutes Netzwerk entstehen. Die Eltern dürften auf keinen Fall mit ihren Problemen alleine gelassen werden.

Sie bittet darum, dass der Jugendhilfeausschuss über den Jugendmedienschutz auch in Zukunft weitere Auskünfte erhalte.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Präsentation des Films „Jubi Juist Juleica 2015“
Vorlage: 16/1723

Herr Reibe führt aus, jedes Jahr würden in den Osterferien Jugendgruppenleiterkurse auf Juist angeboten. In diesem Jahr sei während dieses Kurses von den Teilnehmern ein Imagefilm gedreht worden. Diesen 5minütigen Film präsentiert er dem Jugendhilfeausschuss.

Dieser Film könne in Einrichtungen und Gruppen der Jugendarbeit genutzt werden, um weitere Teilnehmer für die Kurse auf Juist zu begeistern. Für diesen Zweck würde er den Film jeder Institution gerne zur Verfügung stellen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Verwandtenpflege
Vorlage: 16/1724

Frau Wermuth erklärt, bei dem Thema Verwandtenpflege würde es um Kinder gehen, die in der Regel bei ihren Großeltern oder anderen Verwandten in Vollzeitpflege untergebracht seien.

Die Fallzahlen im Bereich der Pflegestellenunterbringung würden zurzeit bei 90 laufenden Hilfen liegen. Bei etwa 20% und somit 18 Pflegeverhältnissen würde es sich um Verwandtenpflege handeln. Gründe für diese Pflegeunterbringung seien beispielsweise der Tod der Eltern oder das erzieherische Versagen der Eltern durch Alkoholmissbrauch oder Drogenkonsum. Voraussetzung für diese Hilfe sei ein Hilfeantrag auf Hilfe zur Erziehung.

Die Kinder und Jugendlichen seien in ganz schwierigen Lebenssituationen, da in frühester Kindheit schwierige Vorerfahrungen gemacht worden seien. Aus diesem Grund würden viele Einzel- oder Gruppengespräche den Familien angeboten. Allerdings würden diese Gruppen sich von den regulären Pflegeelterngruppen unterscheiden, da zum Teil ein therapeutischer Prozess stattfinde, der sehr viel mit Trauerarbeit und Auflösung der Vergangenheit zu tun hätte.

Protokoll Nr. 28 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Die Großeltern, die ihre Kinder z. B. an die Drogen verloren hätten, müssten nun ihre Enkelkinder betreuen. Daher entstehe bei den Betroffenen untergründig immer die Sorge, was in der Vergangenheit selbst zu verantworten und bei der Erziehung falsch gelaufen sei. Daher würde es häufig um die Reflexion des eigenen Erziehungsverhaltens gehen.

Ebenso sei die Generationsverschiebung ein großer Arbeitsschwerpunkt. Die Großeltern könnten sehr leicht für die Kinder zu Eltern werden, wenn diese in jungen Jahren in Pflege genommen werden. Die Verwandtenpflege biete aber auch eine große Chance für die Kinder, da in den meisten Fällen die Eltern mit großer Wertschätzung behandelt und eng im Familiensystem einbezogen würden. Bei den anderen Pflegestellenunterbringungen sei dies meist nicht so ausgeprägt möglich.

Im Bereich der Verwandtenpflege gebe es ebenso fast gar keine Abbrüche bei den Pflegeverhältnissen. Untersuchungen hätten gezeigt, dass die Kinder bei ihren Großeltern meist ungestört aufwachsen können.

Herr Böckmann unterstreicht, dass dieses Modell sehr hervorragend sei, da meist eine tiefe emotionale Verbundenheit zwischen den Großeltern und den Kindern bestehen würde. Es sei positiv zu bewerten, dass es Großeltern gebe, die diese Aufgabe bewerkstelligen.

Selbstverständlich würde dabei auch immer die Frage entstehen, ob man selber als Erziehungsberechtigter versagt habe.

Frau Meinen schließt sich den Äußerungen von Herrn Böckmann an.

Die Treffen zwischen den betroffenen Großeltern seien eine riesige Hilfestellung. In einem ganz tollen vertrauten Rahmen untereinander würde sehr viel Fachkompetenz geboten. Das so ein Rahmen geschaffen und die Großeltern nicht alleine da stehen würden, sei sehr wichtig. Hilfreich für die Betroffenen sei ebenso, viele Familien, die in der gleichen Lage seien, kennen zu lernen.

Frau Wermuth betont, dass das Engagement der Großeltern sehr hoch angerechnet würde. Als ältere Person sei es nicht mehr so einfach, ein kleines Kind groß zu ziehen. So lange mit der verantwortlichen Erziehung von Kindern beschäftigt zu sein, sei eine beachtliche Leistung.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 11 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Sprengelmeyer teilt mit, zurzeit sei der Niedersächsische Kitavergleichsring zu Besuch in Emden. Unter Leitung der KGSt würden in diesem Kreis Daten, Zahlen und Fakten von Einrichtungen wie Krippen, Horten und Kindergärten miteinander verglichen. Während der Sitzungen sei der Erfahrungsaustausch aller Teilnehmer ebenso wichtig.

Weiter kündigt er an, dass in Zukunft weitere Anträge auf Gruppenreduzierungen von Kindergärten und Krippen eingehen würden. Telefonisch hätte der Kindergarten Neue Heimat schon angekündigt, einen solchen Antrag zu stellen. Weitere Gruppenreduzierungen würden selbstverständlich auch immer den Haushalt betreffen.

Herr Reibe merkt an, er hätte Informationshefte zum Mitnehmen bereit gelegt. Dabei ginge es zum einen um eine große Arbeitstagung in Oldenburg, die von der Arbeitsgemeinschaft der Jugendämter in Niedersachsen und Bremen veranstaltet würde. Die Veranstaltung laufe unter dem Titel „Das Jugendamt – Kompetenzzentrum für gelingendes Aufwachsen“.

Protokoll Nr. 28 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Zum anderen hätte er Informationshefte für das Förderprogramm Generation³ des Landesjugendring Niedersachsen e.V. mitgebracht. Bei diesem Förderprogramm könnten Fördermittel für Jugendgruppen beantragt werden. Dieses Förderprogramm richtet sich insbesondere an Jugendliche, die selbstständig Projekte durchführen. Für ein micro-Projekt stehe eine feste Fördersumme in Höhe von 2.500 € zur Verfügung. Bei einem Modell-Projekt könnte eine Summe bis zu 30.000 € beantragt werden. Bei der Beantragung dieser Fördermittel stehe er für Fragen gerne zur Verfügung.

TOP 12 Anfragen

1. Außerschulische Betreuung

Frau Weber-Trappiel fragt, wie mit der verlässlichen nachschulischen Betreuung der 5. und 6. Klässler umgegangen und inwieweit diese dem Hortsystem integriert würde. Sie bittet, im nächsten Jugendhilfeausschuss einen Vorschlag oder eine Regelung zu diesem Thema vorzustellen.

Des Weiteren hätte sie gerne eine Auskunft, wann die Qualitätsstandards, die durch den Qualitätszirkel für die Emdener Kindertageseinrichtungen entwickelt worden seien, umgesetzt würden.

Herr Sprengelmeyer weist darauf hin, dass die Stadt Emden derzeit ermitteln würde, in welchem Umfang Betreuungsbedarfe für die 5. und 6. Klässler notwendig seien. Den Eltern würde daher die Möglichkeit geboten, ihre Bedarfe für die Betreuung nach dem Ganztags schulbetrieb bei der Stadt anzugeben. Diese Umfrage müsste zunächst abgewartet werden.

2. Warteliste Kindertagesstätten

Frau Meinen äußert den Wunsch, dass der SPD-Fraktion die aktuellen Wartelisten der Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt werden.

3. Bericht Emdener Jugendzentren

Frau Grix fragt an, ob die Verwaltung über die Tätigkeiten des Jugendzentrums Alte Post, des Jugendzentrums Borssum und des Jugendzentrums Larrelt in einem Jugendhilfeausschuss berichten könnte.

Herr Sprengelmeyer nimmt den Vorschlag gerne auf. Er gibt an, dass die Verwaltung in einem Jugendhilfeausschuss über die gesamten Einrichtungen in diesem Bereich berichten werde.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.